

Die Constitution.

Tagblatt

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Verantwortlicher Redakteur:

E. Häfner.

Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redakteur:

M. Grizner. L. Hauf.

N^o 112.

Wien, Sonntag den 6. August

1848

Der 6. August 1848.

K. U. Heute also hätte, nach Anordnung des deutschen Kriegsministers Peukert, jene Feierlichkeit stattfinden sollen, die, wenn sie auch gleich an sich nur in einer äußerlichen Förmlichkeit bestanden hätte, doch dadurch große Bedeutung für alle Deutschen gewonnen haben würde, daß sie das erste, nach Außen hin wahrnehmbare Zeichen gewesen wäre, daß die vom Volke so lange angestrebte deutsche Einheit wirklich zur That geworden sei.

In ganz Deutschland hätten nämlich am heutigen Tage die gesammten Truppen zum Zeichen der Anerkennung und ihrer Unterordnung unter die deutsche Centralgewalt, an deren Spitze Erzherzog Johann steht, eine Parade halten und feierlich die deutsche Cokarde anstecken sollen.

Wir wissen nun nicht, ob dieser Anordnung noch an einem anderen Orte nicht Folge geleistet wurde, — bei uns, im deutschen Oesterreich, ja im deutschen Wien, geschieht das Befohlene nicht!!

Armes, armes Deutschland, wie wenig hast du errungen, wie wenig hat das Blut deiner Kinder dir gefruchtet, welches du aller Orten für die Freiheit deines Volkes vergossen; oder vielmehr, wie weit haben sie dich zurückgedrängt von dem, was du erreicht glaubtest, wie viel gestohlen von dem, was du auf den Barrikaden dir erkämpft wähest!

Du hast dir die Anerkennung der Freiheit und Selbstständigkeit deines Volkes erzwungen, hast dadurch und deswegen die Zusammenberufung aller frei gewählten Vertreter desselben, zur selbstständigen Berathung und Schlußfassung über seine Wünsche und zur Ausführung des Beschlossenen, durchgeführt; diese haben die elenden, betrügerischen Verwahrungen einzelner niederträchtiger Regierungen, als unstatthaft, als keiner Berücksichtigung werth erklärt, und festgesetzt, daß in gewissen Angelegenheiten: als des Krieges, der äußeren Politik und anderer Gesetzes-Einrichtungen, die Sonderinteressen dem Wohle des Ganzen untergeordnet und mit und in diesem (selbst zu ihrem eigenen Vortheile) gewahrt und vertreten werden sollen.

Die 38 Cabinette aber — dein größter Fluch — wußten es schlaugenug durch ihren immer noch bedeutenden und keine Mittel scheuenden Einfluß auf die einzelnen Abgeordneten, dahin zu bringen, daß aus den Verhandlungen und Berathungen derselben das möglichst zahme und den Zeitforderungen möglichst wenig entsprechende Resultat hervorging; ja

nicht zufrieden, dich hiedurch zur Hälfte um das betrogen zu haben, in dessen Besitze du dich bereits wähest, ja was du in der That in den Tagen deiner Erhebung und Macht besahest, wagen es diese Blindschleichen noch, unter sich Bündnisse zu schließen, — (Sonderbund mehrerer deutscher Cabinette: Baiern, Preußen, Hannover, Innsbrucker Hospartei, zur Wahrung der vollen Separat-Souveränität ihrer Dynastien, und Nichtanerkennung der deutschen Centralgewalt —) mit dem ausgesprochenen Endzwecke, das zu hintertreiben, und sich dem entgegenzusetzen, was etwa (trotz ihrer Bemühungen), von deutscher Freiheit und Einheit, wenigstens dem Namen nach, zu Stande gebracht und verwirklicht worden!!

Wir müssen gestehen, in dieser neuesten Außerachtlassung der Eingangs erwähnten Anordnung sehen wir entweder, — was das Schlimmere wäre — einen Zusammenhang mit der angeführten neuen Phase des absolutistischen Sonderungselüftes der Cabinette; oder aber eine, am unrechten Plage befindliche, unbegründete und daher gegenüber der eingesezten Centralgewalt, unverantwortliche Bedenklichkeit.

Rücksichtlich des Ersteren glauben wir von der Gesinnungsrüchigkeit eines Doblhoff, eines Schwarzer, ja eines Latour, vor allem aber von der festen entschlossenen Biederkeit unseres verehrten Alex. Daß zu fest überzeugt sein zu können, als daß wir unser Ministerium in den schmählichen Verdacht eines solchen volksverrätherischen Einverständnisses ziehen könnten.

Es bleibt uns demnach nur der zweite Fall anzunehmen übrig: da müssen wir denn aber sagen, daß wir einer solchen Bedenklichkeit durchaus nicht Raum geben können.

Zwar sind wir von der Zahl jener, welche mit dem Beschlusse des Frankfurter Tages, die deutsche Centralgewalt in die Hände eines unverantwortlichen Reichsverwesers zu legen, ja denselben noch überdem mit einem Veto zu versehen, durchaus nicht einverstanden sind, und haben ganz übereinstimmend mit der Frankfurter Linken, unsere schwache Stimme seiner Zeit in diesem Sinne vernahmen lassen; allein die Sache ist leider, durch die Mehrzahl der Abgeordneten so entschieden worden; Erzherzog Johann — von dessen Vaterlandsiebe und hoher Denkmungsart zwar sehr Viele gehofft, daß er selbst sich der Unverantwortlichkeit begeben werde, was er aber nicht that, ist nun Reichsverweser und Peukert — der von ihm ernannte Kriegsminister aller deutschen Staaten; es sind daher auch

alle Regierungen jener Länder, welche Abgeordnete zum Frankfurter Tage sandten, verpflichtet, den Befehlen der vom Volke erwählten, getragenen, und von den ersteren anerkannten Centralgewalt, in allen deren einzelnen Zweigen Folge zu leisten, sonst machen sie sich des Auflehns gegen die gesetzliche Obrigkeit schuldig.

Die Gründe aber, womit man die Nichtbefolgung bei uns zu entschuldigen und zu vertheidigen versuchen könnte, ja zum Theile wirklich versuchte, sind erstens der Umstand, daß das österr. Heer eine Menge verschiedener Nationalitäten in ihren Reihen zähle, und daß also durch Aufstecken der deutschen Farben, der Einheit d. k. k. österr. Armee geschadet, und Zwiespalt und Anfeindungen in denselber hervorgerufen werden könnten.

Wir erwidern darauf, daß den Begriffen der Jetztzeit gegenüber, die Einheit einer Armee, wenn die Völker, aus denen sie gebildet ist, uneins oder gar feindlich wären, — was vorausgesetzt werden müßte, wenn man annehme, daß das Aufstecken der Landesfarben des Einen, die Soldaten des andern Volksstammes verlegen oder erbittern würde, — daß die Einheit einer solchen Armee ein Umding wäre, welches im Interesse der Völker nicht länger geduldet werden dürfte; denn eine derartige Armee könnte das Moment ihrer Einheit nur in der Centralisation der Willkürherrschaft (des Absolutismus) finden. Dieß kann aber im freien Europa nicht mehr stattfinden. —

Was die böhmisch-slavischen Truppen betrifft, von denen man anführte, daß jener Befehl bei ihnen Wiedersehlichkeit oder wenigstens Gereiztheit hervorrufen würde, so ist das czechisch-panslavistische Absonderungsgeflüste bekanntermaßen ein Fantom, welches nur in den Köpfen vieler czechischer Schriftsteller und einiger anderer Fanatisirter spukt, das aber in der großen Mehrzahl, „dem Volke,“ durchaus keinen Anklang findet; wäre dieß aber auch — unzugestandeneweise — nicht der Fall, und der Haß der Tschechen gegen die Deutschen, so wie ihre Absicht, den von ihnen bewohnten deutschen Grund und Boden loszureißen, so groß, als man manchmal meint, so wäre es wirklich nicht Schade, wenn sie solcher Art mit ihrem wahren Endzweck thätlich hervortreten müßten, damit diese, zur Schande Deutschlands so lange unentschieden behandelte Sache, endlich einmal, durch Ergreifung gehöriger Maßregeln, ihre, der Freiheit und dem Rechte entsprechende Lösung finde.

Es stellt sich demzufolge in dieser Hinsicht der Befehl zum Anstecken der deutschen Cocarden für jene Truppen der österr. Armee, welche aus den zu Deutschland gehörigen Ländern gestellt wurden, nicht nur nicht als zu Besorgungen veranlassend, sondern selbst von einer andern Seite, als wünschenswerth dar.

Einen zweiten Grund, gewichtiger als der erste, will man darin sehen, daß die österreichische Armee, durch den dynastischen Krieg mit Italien in ein eigenthümliches Verhältniß zum deutschen Bundesstaate gesetzt ist, indem sie dort, gegenüber der, von diesem ausgesprochenen Anerkennung der Freiheit eines jeden Volkes, gegen eben diese Freiheit eines Nachbarvolkes kämpft; — wenn aber schon dieser leidige Krieg, aus vielleicht schwer begreiflichen Gründen, noch fortgesetzt werden muß, so ließe sich ganz leicht ein Ausweg darin finden, daß man den Theil deutscher Truppen, welcher in Italien sich befindet, — nicht aber gleich die ganze österreichische Armee, — von Befolgung dieser Anordnung enthebe; denn, wie die allg. öst. Zeitung ganz richtig bemerkte, der italienische Krieg kann nur unter Habsburgischen, nicht aber unter den Farben des neuen Deutschlands geführt werden; überdieß stehen diese Truppen nicht auf deutschem Boden, daher rücksicht-

sch derselben, bis zur Zeit ihrer Rückkehr in deutsches Gebiet, von Peuters Verordnung um so leichter und mit gutem Grunde Umgang genommen werden könnte.

Wir geben uns daher der Hoffnung hin, daß der Herr Kriegsminister, so fern er allein hier etwa zu entscheiden haben sollte, das Tragen der deutschen Cocarden bei den deutsch-österreichischen Truppen baldigst verordnen werde, zum Zeichen der Anerkennung der deutschen Centralgewalt und der Unterordnung unter dieselbe; da hiemit zu zögern, Oesterreich's Armee um so weniger Grund hat, als an der Spitze der ersteren, Johann von Oesterreich steht.

Das deutsche Volk verlangt, daß die Armee für die von ihm ernannte Gewalt, also in seinem Namen kämpfe, und nicht etwa von Einer oder mehreren der 38. Dynastien, zur Durchsetzung mißliebiger Sonderinteressen benützt werden könne.

Reichstags-Sitzung vom 5. August.

Der Vice-Präsident Strohbach verliest eine Mittheilung des Kriegsministeriums, laut welcher die Siegesfeier auf Montag verschoben wird.

In einer Wahlangelegenheit entwickeln sich wieder Plänkeleien nationaler Färbung, bei denen wir die Heftigkeit eines polnischen Abgeordneten der äußersten Linken unangenehm bemerken mußten. Derlei Gereiztheit ist schlechter parlamentarischer Tact.

Ferner ersuchen wir die Abgeordneten, welche bei einer Abstimmung durch Aufstehen für einen Antrag erklären, doch gefälligst so lange erhoben zu bleiben, bis die Majorität festgestellt ist. Heute, wo sich diese Feststellung durch den ersten und zweiten Vice-Präsidenten etwas länger verzog, mußten wir namentlich im Centrum mehrere Abgeordnete bemerken, denen ihre Bequemlichkeit mehr, als ihr Meinungsausdruck am Herzen liegt.

Als bei der Abstimmung über Gültigkeit einer Wahl, für welche lauter slavische, gegen welche lauter deutsche Abgeordnete gesprochen hatten, erstere ihre Ansicht durchsetzten, klatschten einige polnische Abgeordnete der Linken Beifall. Die Sache ist zu unbedeutend, als daß eine solche Kundgebung gerechtfertigt erschiene? Was hatte also der Applaus für einen Zweck? Wir müssen leider auch heute wieder unsere Ueberzeugung dahin aussprechen, daß der Begriff Freiheit noch immer bei der Versammlung nicht über dem Begriffe Nationalität steht. Aus Anlaß eines Artikels der gestrigen Abend-Beilage zur Wiener Zeitung stellt Abgeordneter Bauer die Anfrage an den Kriegsminister, wie es mit Absendung von Ärzten und chirurgischen Instrumenten gehalten werde.

Minister Lator antwortet, daß er nächstens eine Uebersicht der während seiner Amtsführung nach Italien abgeordneten Ärzte und übermittelten Instrumente dem Reichstage vorlegen werde, daß dieser Zweig der Armeeverwaltung noch stets sein besonderes Augenmerk auf sich ziehe, daß aber namentlich Mangel an Ärzten ein fühlbares Hinderniß werde.

Finanzminister Kraus besteigt die Tribune. Er habe der Versammlung eine Mittheilung zu machen, welche theilweise eine Erfüllung der Thronrede sei. Den gegenwärtigen Zustand der Finanzen vollkommen detaillirt darzulegen, sei ihm wegen der dazu erforderlichen, höchst umfangreichen Vorarbeiten augenblicklich nicht möglich. Der Vorschlag für den Staatshaushalt werde jedoch binnen kürzester Frist der Versammlung vorgelegt werden. Das Bedürfniß des Augenblickes mache es aber nothwendig, um die Ermächtigung zu interimistischen Maßregeln

anzufuchen. Vorerst müsse er sich gegen zwei Auslegungen einzelner Stellen der Thronrede verwahren: 1. Daß die Thronrede einen Tadel über frühere Finanzoperationen als solche ausgesprochen, was seine Absicht nicht gewesen; 2. daß der Staat nicht mit hinreichenden Kräften zur Erhaltung seiner Leistungen versehen sei. Er finde diese Auslegung und die daraus entspringenden Befürchtungen darin gegründet, daß namentlich unter der frühern Regierungsform eine Veröffentlichung des Staatshaushaltes nie Statt gefunden, Heimlichkeit aber Furcht erzeuge. Die Kräfte der Nation sind so groß, daß sie ihren Verpflichtungen in ihrem ganzen Umfange vollkommen genügen kann. Seit einigen Monaten habe das Finanzministerium Veröffentlichungen über diesen Verwaltungszweig in der Wiener Zeitung gemacht, welche aber seines Wissens wenige Beachtung gefunden haben.

Aus einer Uebersicht der Finanzjahre 1831—1847 gehe hervor, daß in einer Reihe von 11 Jahren die Einnahmen die Ausgabe überstiegen haben. So sei es möglich geworden, große Summen auf Tilgung der älteren Schuld, Staatseisenbahnen und Betheiligung bei Privateisenbahn-Gesellschaften zu verwenden. Wenn nun unter andern Verhältnissen, unter dem Drucke des Absolutismus Oesterreich seinen Verpflichtungen entsprechen konnte, so werde dies um so mehr jetzt, wo das Band der Freiheit die Völker vereinige, möglich sein. Eine freisinnige Verfassung, eine Verwaltung in ihrem Geiste werde dem Finanzwesen durch Stärkung des Credits Unterstützung verleihen, namentlich aber ein System feststellen, nach welchem Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht gebracht werden.

Wir entnehmen aus diesen Eröffnungen des Finanzministers, daß der gefürchtete Staatsbankerott keineswegs eine absolute Nothwendigkeit geworden. Haben früher in gleicher Bedrängniß Fallissements eines Staates sich ergeben, so wurde von absoluten Herrschern heiligen Verpflichtungen Hohn gesprochen. Ein freies Volk wahr aber seine Ehre durch die Erfüllung seiner Pflichten, mag ihr Ursprung ein noch so ungerechter sein. Darum konnte der absolute Fürst des alten Oesterreichs einen Staatsbankerott geschehen lassen, das souveräne Volk des freien Oesterreichs darf bei der Heiligkeit seiner Ehre keinen Punkt seiner Verbindlichkeiten von sich weisen, und wenn es das letzte Aufgebot aller seiner Kräfte in Bewegung setzen mußte.

Im Jahre 1846, fährt der Finanzminister fort, haben Störungen in einer Provinz eine Vermehrung der Ausgabe verursacht, welche 1847 durch die italienischen Zustände noch vermehrt worden wären. Mit dem 1. November 1847 brachen wegen der bedeutenden Rüstungen Schwierigkeiten über die Finanzen herein. Vermehrt wurden dieselben durch Italiens Kostrennung und Ungarns Separatstellung seit 10. April. Die Einkünfte aus Ungarn und Siebenbürgen blieben aus, während die Ausgaben durch die Vermehrung der italienischen Armee und Completirung des Bundes-Contingents in stetem Steigen begriffen waren.

Die großartige Umwälzung im gegenwärtigen Jahre habe endlich die Verhältnisse geändert, namentlich das Vertrauen in die Behörden geschwächt. Nicht nur bei uns, überall im ganzen Westen sei der Credit gewaltig erschüttert. Namentlich wirkten diese Umstände höchst nachtheilig auf die Nationalbank. Die baare Münze sei größtentheils aus dem Inlande verschwunden. Im Laufe des Verwaltungsjahres hätten sich dadurch die Einnahmen wesentlich vermindert. Es waren 1 |

November:	Juli:
directe Steuern 3,784.000	1,471.000
indirecte Steuern 8,469.000	4,143.000
andere Einnahmen 1,783.000	307.000

Die Ausgaben aber waren:

November	15,900.000
December	13,900.000
Januar	12,800.000
Juni	13,900.000
Juli	12,400.000

In den im Reichsvertrage vertretenen Ländern betragen die directen Steuern im November 2,328.000, welche Ziffer bis zum März so ziemlich gleich blieb.

Im April waren sie	1,970.000
„ Mai „	1,753.000
„ Juni „	1,398.000

Die indirecten Steuern ertrugen im

November 5,703.000	Juni 4,100.000
--------------------	----------------

Die übrigen Einnahmen ertrugen im

November 983.000	Juni 342.000
------------------	--------------

Die Stockung des Verkehrs und die durch die Zeitverhältnisse nothwendig bedingte mangelhafte Eintreibung der Steuern seien die nächsten Ursachen des Ausfalles.

Außerordentliche Maßregeln wurden ergriffen. Die Nationalbank wurde um Vorschüsse angegangen und ihr die Saline Smunden mit Prioritätsrechten zunächst aus dem Grunde übergeben, den Credit der Bank aufrecht zu erhalten und ihr Gelegenheit zu verschaffen, Silber in anderen Ländern an sich zu bringen. In nächster Zukunft würden die Ausgaben noch die Einnahmen übersteigen. Doch sei das Verhältnis keineswegs beunruhigend. Binnen wenigen Tagen würde die Kammer vollkommene Einsicht in die Totalität der Ausgabe und der Einnahme erhalten.

Die Dringlichkeit des Augenblickes erheische jedoch besondere Mittel, welche noch vor Einbringung des Budgets flüssig zu machen wären. Diese Mittel wären im Credit zu suchen.

Das Ministerium erbittet sich die Ermächtigung bis zur Feststellung des Budgets den Credit benützen zu dürfen.

Der Finanzminister übergibt dem Präsidenten einen detaillirten Vorschlag, welcher gedruckt und unter die Deputirten vertheilt werden wird.

Das Ministerium müsse sich daher erbitten, einen Theil des Vertrauens, welches vor kurzer Zeit dem Gesamtministerium votirt worden, auch auf dasselbe zu übertragen. Wenn Vertrauen überhaupt die Grundlage des Bestandes für ein Ministerium ist, sei dies hauptsächlich beim Finanzministerium der Fall. Dem es sei, um die Finanzwirtschaft eines großen Reiches führen zu können, eben so unumgänglich erforderlich, als Geld zur Kriegführung. Vertrauen endlich solle man haben in die Kräfte des Volkes selbst. Er begreife vollkommen, daß die Geschäftsführung seinerseits es noch nicht fordern könne. Daher wolle er einige Notizen seiner bisherigen Verwaltung und Skizzen der leitenden Idee seines Finanzplanes geben.

Seit dem 10. April habe er das Finanzministerium übernommen und seien größere Umstellungen einerseits durch die Schwierigkeit der Umstände, anderseits und hauptsächlich wegen der Erfurcht, die man der Heiligkeit der Constitution zu zollen verpflichtet sei, nicht thunlich

gewesen. Als verantwortlicher Minister habe er nicht wagen dürfen, auf eigene Faust definitiv einzuschreiten, wohl aber habe er Erleichterungsmaßregeln ins Leben gerufen. Diese beträfen den Umsatz in Baumwollwaaren, die Erzeugung von Schaafwolle, Leinen- und Seidenstoffen. Ferner Herabsetzung des Briefportos und Aufhebung der Zustellungsgebühr des billigen Verkehrs wegen. Ferner erhebliche Verminderung des Salzpreises in Dalmatien. Ferner gänzliche Aufhebung des Durchfuhrzollens durch Tyrol für Waarenversendungen in der Richtung nach Süden. Endlich Herabsetzung des Portofages für Zeitungen im Interesse der Volkserleuchtung.

Um den bestimmten Plan seiner weiteren Operationen habe allerdings die Versammlung unbedingt das Recht, schon im gegenwärtigen Augenblicke Auskunft zu verlangen. Da er jedoch genau und enge mit dem Staatsvoranschlag in Verbindung stehe, wolle er für jetzt nur auf Einiges hindeuten.

Er müsse zuerst von den Ausgaben reden, weil diese zuerst den Entwurf des Budgets bedingen.

Wir erkennen vollkommen die Sonderstellung des gegenwärtigen Ausnahmezustandes, verwahren uns aber feierlichst gegen die mögliche Feststellung der Ausgaben als Budgetentwurfsnorm für künftige Zeiten. In jeder ordentlichen Wirthschaft, auch in dem Staatshaushalte, ist die Einnahme maßgebend und nur außerordentliche Fälle berechtigen zu ihrer Ueberschreitung. Wir müssen uns die Einnahme ferner zur Basis als Bürgschaft möglicher Reductionen vorbehalten.

Die Staatsschuld stehe unter den Ausgaben oben an. **Sie sei unantastbar.** Eine Verminderung derselben sei direct nicht zu erzielen. Eine Nothwendigkeit werde es sein, alle Theile der Monarchie dafür in Anspruch zu nehmen. Er habe es sich zur Pflicht gemacht, diesen Anspruch geltend zu machen und nach Möglichkeit zu realisiren.

Die zweitgrößte Ausgabe sei das Militärwesen. In gegenwärtigen Verhältnissen können nicht füglich große Einschränkungen geschehen. Sei aber der italienische Krieg beendigt und der europäische Friede ungestört, so werde eine bedeutende Verminderung des diesfälligen Kostenpunktes beantragt werden.

Ueberhaupt werde das Ministerium in den Ausgaben die möglichsten Ersparungen eintreten lassen. Es komme dabei namentlich auf Vereinfachung der Geschäftsführung an. Die Constitution namentlich werde durch Einführung der Gemeinde- und Municipalverwaltung die Ausgaben vermindern und durch Zweckmäßigkeit der Einrichtungen entschiedene Vereinfachung erzielen.

Unter den Einnahmen sei zu bemerken

die Grundsteuer. Oesterreich könne darauf stolz sein, daß es einen Kataster besitze, wie kein anderer Staat ihn aufzuweisen im Stande sei. In der Lombardie namentlich habe man früher die hohe Vortrefflichkeit dieser Einrichtung ersehen können.

Eine andere directe Steuer, die er, gelinde gesagt, mindestens eine Schattenseite unserer Gesetzgebung nennen müsse, sei

die Judensteuer. Mit dem Geiste einer freisinnigen Verfassung sei eine solche durchaus unverträglich, und es werde dem Reichstage der Antrag auf Abschaffung derselben vorgelegt werden

Dagegen werde er die Einführung einer neuen Steuer einbringen

der Einkommensteuer. (Großer Beifall.) Sie habe den großen Vortheil, daß sie alle Arten des Einkommens und im Verhält-

nisse treffen werde, was beim gegenwärtigen Steuersysteme nie möglich gewesen.

Die indirecten Abgaben sind bisher bedeutend benützt worden. Von 1831 bis 1847 haben sie allein das Steigen der Einnahme hervorgebracht.

Mehrere derselben sollen ganz in Frage gestellt, andere wesentlich verändert werden. Der Finanzminister geht von der Ansicht aus: Ein Steuersystem muß nach volksthümlichen Grundsätzen organisiert werden. (Stürmischer Beifall.) Es müsse daher ein Abgabensystem erzielt werden, wo Jeder nach Besitz und Vortheil besteuert wird. Der Arme müsse wenig, der Wohlhabende viel, der Reiche das Meiste beitragen.

Die Verzehrungssteuer soll für Artikel der gemeinsten Bedürfnisse wesentlich erleichtert werden. Namentlich sei dieß beim Salze schon ein längerer Plan. Zur Erleichterung der Landleute sei die Erzeugung eines billigeren Salzes für das Vieh bereits im Werke.

Einfuhrverbote seien nicht mehr länger aufrecht zu erhalten. Wohl aber sei er der Ansicht, durch Schutzölle die Gewerbe in ihren Interessen zu wahren. Einfuhrverbote seien namentlich wegen des innigen Anschlusses an Deutschland unmöglich. Eine vorläufige Annäherung an den deutschen Zollverein sei in Vorbereitung.

Das Tabakmonopol sei als solches einigermaßen dadurch vertheiligt, daß es viel eintrage und eigentlich nur den Luxus besteuere. Doch sind auch hierin Modificationen beantragt.

Stempel und Lagen. Das letzte Gesetz wird von Grund aus ungearbeitet werden. Der Verkehr im gewöhnlichen Leben, wie mit Behörden, müsse erleichtert werden. Als Norm der Umarbeitung gelte die Rücksicht auf Armuth und Reichthum, und das dadurch gegebene Repartitions-Verhältniß.

Lotto wünschte der Finanzminister baldmöglichst aufgehoben. (Beifall.) Bei Berathung über den Voranschlag möge die Versammlung über die Möglichkeit entscheiden.

Post erkenne er als eine Staatsanstalt, welche einzig und allein Erleichterung und Beschleunigung zum Zwecke habe. Ihr Hauptzweck ist kein finanzieller, daher ihr Erträgniß Nebensache.

Mauth sei eine Last, über welche der Versammlung bestimmte modificirende Maßregeln eingebracht werden.

Die übrigen Einnahmen seien unbedeutend.

So viel wäre Skizze seines Plans. Wenn sie der Versammlung genehm wäre, wiederhole er seine Eingang gestellte Bitte, ihm das so nöthige Vertrauen zu schenken.

Der constituirende Reichstag gibt durch lang anhaltende, lebhafteste Beifallsbezeugung dem Finanzminister ein Vertrauensvotum.

Der Finanzminister erklärt hierauf, in den nächsten Tagen eine Abgabenausschreibung, einen Gesetzentwurf über Annahme der Banknoten, einen über Münzverwechslung und einen wegen des Selbstaufuhrverbots einbringen zu wollen.

Niederhuber.

Interpellationen.

I.

Der Minister Doblhoff hat auf die Interpellation Violands in Betreff Montecuculi's in der Sitzung vom 4. zwar der Sache nach nicht vollständig, aber so geantwortet, daß seine Aufrichtigkeit am Tage lag.

Ueberhaupt deuten alle Zeichen darauf hin, daß die beiden Männer, Doblhoff und Bach, es redlich meinen; desto ernstlicher wünschen wir ihnen und uns, daß sie sich ohne Verzug ausschließlich mit Männern umgeben, die der neuen Ordnung der Dinge aufrichtig ergeben sind. Das neue Ministerium enthält noch Bestandtheile des alten, die ganz der alten Zeit angehören; die öffentliche Meinung weiß zwar die Umstände zu würdigen und das Vertrauen in die persönliche Ehrenhaftigkeit der beiden Männer, die die Seele des Ministeriums, leidet dadurch nicht, wohl aber das Vertrauen in seine ungehemmte Wirksamkeit.

Desto schlimmer ist es, hören zu müssen, daß im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Männer angestellt werden sollen, welche die öffentliche Meinung schon seit lange gezeichnet hat. Mitis erscheint mit Arthaber, Montecuculi, Leopold Reumann, Grillparzer, Dr. Kludy u. A. als Mitglied des österreichischen Klubs und ist als Aristokrat bekannt; dennoch soll ihm die Organisation des Ministeriums anvertraut und das Personal desselben untergeben werden. Er hat sich schon selbst als Sectionschef angekündigt. Hoc soll an die Stelle Francesconi's treten. Dieser Mann hat den Ruhm, die erste reactionäre Zeitung in Oesterreich gegründet zu haben. Die Donauzeitung hat vom Pillersdorfschen Ministerium Subvention bezogen. Es machte aber selbst keinen Unterschied, wenn es nicht wahr wäre, wie es doch ist; wenn man in ein öffentliches Amt tritt, muß man nicht bloß wirkliche Ehrlichkeit, sondern auch einen unbesleckten Ruf mitbringen. Hoc gehört auch unter diejenigen, welche am 26. Mai die Flucht ergriffen haben. Was ihn geschreckt hat, mag er selbst am besten wissen; mich dünkt, daß Einer, der am 26. Mai die Flucht ergriffen, als aus dem österreichischen Bürgerbuche gestrichen gelten soll. Aber der Minister streicht ihn nicht nur nicht aus diesem Buche, sondern stellt ihn gar an die Spitze der Verwaltung der Staatseisenbahnen. Als der Schreiber dieses aufgefordert ward, an die Stelle des flüchtigen Hoc die Redaction der Donauzeitung zu übernehmen, nahm er Anstand, seinen unbesleckten guten Namen mit dem Namen Hoc in Verbindung zu bringen und der Minister will es wagen, seinen Namen unter ein Anstellungsdekret Hoc's zu setzen. Schreiber dieses hält etwas auf die Reinheit seines Namens und könnte glauben, daß die Nähe eines besudelten ihm nichts anhaben werde — dennoch hat er es nicht gewagt — und der Minister wagt es? — Es gibt in der Politik nicht bloß Vorurtheile, es gibt auch Schlechtigkeit. Der Minister wird mich verstehen. Ich wiederhole noch einmal, man muß zu einem öffentlichen Amte nicht bloß reine Hände, sondern auch einen reinen Ruf mitbringen.

Wir politische Schriftsteller haben nun zwar nicht das Recht auf unsere Interpellationen gleich einem Abgeordneten Antwort zu fordern; aber auch wir vertreten die öffentliche Meinung, die Stimme des Volkes, und die Nothwendigkeit wird die Antwort denn doch diktiren. Ich fordere demnach das ganze Ministerium auf, nicht zuzugeben, daß Gift in seine Ader eingelöst werde; wenn es nicht bald entschieden erklärt wird, daß von der Anstellung dieser Männer nicht die Rede sein könne, so müßte der Angriff fortgesetzt und namentlich Hoc, den schon sogar Baumgartner verläugnet, durch Auszüge aus seiner Zeitung nach dem Leben gezeichnet werden. Es würde dann auskommen, daß das Ministerium der öffentlichen Arbeiten in einem andern Geiste geleitet wird, als die Ministerien des Innern und der Justiz; ein solches Mißverhältniß könnte aber nicht ohne schädliche Rückwirkung sein. Es ist daher schon jetzt an der Zeit, diesem Mißstande, dieser Zusammenkoppelung des Widerstrebendsten ein Ende zu machen. Alles ist stark, wenn es einig ist, aber nur, wenn es einig ist. Das Ministerium hat den Hofboden, der von der Samarilla unterwühlt ist, bereits

verlassen und sich auf den festen Boden des Volkstages gestellt. Es vermochte nicht aufrecht zu stehen, so lange es noch auf dem Hofboden stand; jetzt steht es aufrecht. Noch ist es an der Zeit sich zu reinigen und zu vervollständigen; es ist nicht mehr wie unter Pillersdorf, daß Noth an Männern wäre, denen das Volk vertraut. E. Wintersberg.

Wien, 5. August. So eben kommt uns ein Schreiben aus Pesth-Ofen vom 4. August zu, welches uns folgenden Beschluß der Deputirten-Kammer mittheilt: „Indem das Haus der Volksvertreter den Vorgang des Ministeriums gut heißt, den dasselbe gegenüber dem Frankfurter deutschen Parlament eingeschlagen hat, erklärt es, daß es die Einigung des deutschen Volkes mit der, einer selbstständigen Nation würdigen Sympathie begrüßet, — daß es mit dem deutschen Element in der herzlichsten Freundschaft und innigen Verbindung leben will, und daher vom Ministerium erwartet, daß dasselbe die betretene Politik befolgend, das Bündniß mit dem vereinigten deutschen Volke, dem erwünschten Ziele zuführen wird. — Es erklärt im Namen des ungarischen Volkes ferner: Wenn die Wiener österreichische Regierung mit der Frankfurter deutschen Centralgewalt in Frage der deutschen Einigkeit in einen Krieg gerathen würde, erstere auf einen Beistand von Seiten Ungarns nicht rechnen darf.“

Pesth, den 3. August 1848.

Das Haus der Repräsentanten Ungarns hat in der heutigen Sitzung abermals und deutlich bewiesen, daß es seine Stellung, wenn auch nicht als Schöpfer, doch als Conductor der Freiheit würdig aufgefaßt, und während an den nähern Grenzen des freien Westens bereits die Leuchte des Liberalismus durch Machinationen dunkler und matter zu werden anfängt, und man in neugeborenen soi disant liberalen Staaten bereits wieder an Köpenik zu denken anfängt, haben es Ungarns wackere Vertreter bewiesen, daß sie an ihre uralte Freiheit, nachdem sie sich aus 300jährigen Banden losgerüttelt, nicht marken lassen wollen, und wie es durch Jahrhunderte ein Bollwerk gegen das liebeshödtende Heidenthum war, jetzt als Mauer zu werden berufen scheint, an der sich die von Petersburg, London und Innsbruck schleichende Reaction stemmen, und sich wahrscheinlich an dem unbekanntem Ungarn an dieser terra incognita noch den Garauz versetzen wird. Andererseits sind Ungarns Söhne nicht die hochtrabenden und übermüthigen Magyaren, wie sie die conservativen Blätter Alt Wiens zu nennen belieben, um gleichgültig und unbeantwortet hinnehmen zu können, wie die Liberalen in Neu Wien so leichtgläubig sein konnten, und gegen ihr eigen Fleisch und Blut kämpfend, die elenden Verdächtigungen der Reaction, mit der sie eine Stelle in einer Rede unseres Pater Mathews der Freiheit, unsres Kossuth zu verdächtigen suchen, zu ihrer eigenen machen, und ihn einen Rephistro mit Engelszungen zu nennen versührt wurden. Die heutigen Verhandlungen, die ich Ihnen vor der Hand im Auszuge liefere, haben ihn glänzend gerechtfertigt, wenn er es noch nöthig gehabt hätte; haben der Aula gezeigt, wie Ungarn von ihr denkt, und wenn die heutige Verhandlung in Wien richtig aufgefaßt wird, und in succum et sanguinem übergeht, so ist die Reaction la bête worden, und abermals durch Ungarn und abermals durch Kossuth. —

Der Abgeordnete Stefan Gorove beirat die Tribüne, und nachdem er in einer gekürzten Rede bewiesen, daß Ungarn durch seine geographische Lage und die anwohnenden Nationalitäten, dem nordischen Feinde der Civilisation und der Freiheit als Damm entgegen stehen müsse, fordert er das Haus auf, sich feierlich für eine auf Grundlage der gegenseitigen Interessen Ungarns und Deutschlands, als zweier selbstständiger Reiche, zu schließenden Bund zu erklären. Deutschland halte ich für die Fackel der Freiheit im Herzen Europa's, Ungarn wird die Rolle des Fackelträgers übernehmen müssen, sagte der Antragsteller, und ich glaube selbst, Ungarn wird berufen sein, diese schwierige aber heilbringende Mission zu vollbringen. —

Abgeordneter Graf Ladislaus Teleky berührte den zu erwartenden Anschluß Oesterreichs an Deutschland. Nachdem er auf die Vortheile, ja auf die absolute Nothwendigkeit eines einigen Anschlusses hingewiesen, fährt er fort: ich betrachte denjenigen als Verräther, der noch jetzt nachdem die deutsche Freiheit herangebrochen, dahin zu arbeiten sucht, daß dieselbe zerstört und Deutschland wieder in etliche dreißig Monarchien zerstückelt werde; jeder der dahin agitiren würde, der müßte als Verräther an Deutschland, als Verräther an Oesterreich, ja als Verräther an der Menschheit dastehen, denn die Einigung Deutschlands ist ein Postulat der Civilisation. — Redner begreift es, wie die Reaction mit sehnsüchtigem Auge nach Wälschland hinsehen, um mit den ihrer alten Organisation zufolge hierzuführenden Truppen das alte Regime, des alten Hauses wieder herzustellen; findet es aber für unbegreiflich, wie sie noch auf Wien ihr verblendeten Hoffnungen setzen und wähen könne, daß der Sieg der jungen Freiheit ihr Sockel zu einer solchen österreichischen Monarchie sein würde, die nur die Arme Rußlands halten könnte. Er spricht seine Ansicht offen aus, daß, wenn das Wiener Ministerium am 6. d. seine Stellung nicht würdig auffaßt und den einigen Anschluß an Deutschland verhindert, es die österreichische Monarchie zum untergeordneten Bundesgenossen Rußlands vor der Hand machen wolle, was die spätere gänzliche Auflösung in dem russischen Koloss zu Folge haben muß. — Er schloß seine Rede mit der vom ganzen Hause mit stürmischem Beifall aufgenommenen Erklärung: „Die Aula hat unter allen Corporationen, die Theil an der Regierung nahmen, die Meinung des Volkes am meisten vertreten, die Interessen des Staates am besten gewahrt; die Aula, fuhr er fort, der man zwar manche Uebertreibungen vorwerfen könnte, die sich aber von Niemanden durch ihren edlen Patriotismus, durch die heilige Begeisterung für die gute Sache übertreffen ließ, die den richtigen Tact befolgte, als sie die Handlungen des Ministeriums mit Argusaugen verfolgten, die Aula schrieb die Bahn vor, welche zu befolgen war, und in solche Menschen, wie sie die Aula hat, setze ich mein Vertrauen. Ich erkläre zum Schluß alle als Verräther, die gegen die deutsche Sache sind, mögen es Ungarn oder Deutsche sein. Der Redner verläßt unter dem stürmischen Zurufe der Repräsentanten: wir auch, wir auch, die Tribüne.

Nachdem M. Perzel im gleichem Sinne gesprochen, bestieg unter Beifall Kossuth die Tribüne. Bruchstücke seiner Rede, kann ich Ihnen unmöglich mittheilen, indem mir die Wahl schwer wird. Er spricht von sich selber als von einem Individuum, das vor 3 Monaten in Wien auf dem Gipfel der Volkshämlichkeit gestanden, und jetzt, ohne daß er seine Denkwürdigkeit im geringsten geändert hätte, auf dem Gipfel der Verhaßtheit steht, und erklärt dem Hause die Ursache. — Sie liegen in der Reaction. Nachdem er die Verhältnisse in Wien mit jener prägnanten Deutlichkeit und Wahrheit aufgefaßt, die ihm eigen ist, und das in die Hände spielen, verschiedener heterogener Elemente zu Gunsten der Reaction hervorgezeigt,

kommt er auf die ungegründete Verdächtigung und Verdrehung der bekannten Stelle in seiner früheren Rede, von der Flucht des Kaisers. — „Als jener Austritt statt fand, dessen schädliche Folgen für das österreichische Haus nur durch den engsten Anschluß an Deutschland gut gemacht werden können, ich meine die Entfernung des Kaisers aus seiner Burg, sagte ich vom österreichischen Ministerium, daß es eine Schmach sei, daß selbes seinen Monarchen nicht in der Burg seiner Väter zu erhalten wußte. Und dies sage ich noch jetzt. Doch war dies keineswegs so gemeint, als ob diese Entfernung dem österreichischen Volke zur Last gelegt werden könne, sondern das Werk der Reaction, deren Plan, wie Redner aus zuverlässigen Quellen weiß, es war, die Anarchie in Wien herbeizuführen. — Es ist ihnen nicht gelungen. Achtung denjenigen, die unter so schwierigen Verhältnissen Wien vor den Gefahren der Anarchie bewahren konnten.“

Kossuth schließt seine, eine Stunde währende und von häufigem, rauschenden Beifall unterbrochene Rede mit dem Wunsche des innigsten Anschlusses Oesterreichs an Deutschland und des freundschaftlichsten Bündnisses zwischen Ungarn und Deutschland.

Nachdem noch der Präsident den Zusatz Rynaris: „die ungarische Nation erklärt ferner, daß, wenn das österreichische Ministerium oder die österreichische Regierung sich in einen Krieg gegen die Einheit Deutschlands verwickeln sollte, sie auf Ungarns Hilfe nie und nimmer rechnen könne,“ ebenfalls als Beschluß des ganzen Hauses erkennt, erklärt er, daß das Haus einstimmig die Politik des Ministeriums, Deutschland gegenüber billige, und die Verfolgung derselben in Zukunft wünsche und anstrebe. —

Bereinigte Staaten von Deutschland. Prag. Die berühmten 67, welche um Fortdauer des Belagerungsstandes petitionirt hatten, haben eine Deputation zum Windischgrätz geschickt mit der Bitte, er möge die Gefangenen im Schlosse nicht den Civilgerichten übergeben.

Das prager Abendblatt vom 2. August bringt folgenden Beitrag zur Geschichte der geheimen Justiz. Ein reisender Gewerbsmann, Namens Josef Wischin ward in Klattau von Dragon:roffizieren, wegen des Verdachtes, er wisse, um den Aufenthalt Fasters angehalten — und da er sich standhaft weigerte, einem Kriegsgerichte Rede zu stehen, dem Kriminalgerichte überliefert. Die fünf ersten Tage bekam er da nichts zu essen, und war außer aller Verpflegung. Nach 22 Tagen Gefängnißhaft wurde er entlassen mit folgender Aufschrift:

„Derselbe wird hiemit verurtheilt, daß nach Eröffnung des löblichen Prager Magistrats vom 6. Juli 1849, Z. 34384, die Erhebungen wegen Verdachtes eines Einverständnisses mit Peter Faster und seinen Umtrieben, wegen welchen Verdachtes derselbe hier provisorisch verhaftet war, denselben bisher nicht graviren.“

„Magistrat Klattau am 15. Juli 1848.“

Frankfurt, 31. Juli. In der 51. Sitzung der Nationalversammlung berichtet Reichsminister Schmerling über den dänischen Krieg. „Deutschland“ sagt er, — „kann in diese Angelegenheit mit Ruhe sehen, daß neuerdings wieder das Spiel der Waffen beginne. Es hat vor ganz Europa das Zeugniß abgelegt, daß, soweit es nur immer mit seiner Ehre verträglich war, der Wunsch realisiert werden sollte, auf eine friedliche Weise die Sache mit dem nordischen Könige abzumachen.“

„Insbesondere könne er nicht verhehlen, daß von Seiten Dänemarks geradezu verweigert wurde, jene Bedingung in den Waffenstillstand aufzunehmen, die unser deutscher Feldherr vorangestellt hat, die Bedingung nämlich, daß der Waffenstillstand von Seiten der Centralgewalt ratificirt werde. Die Dänen haben dies zurückgewiesen und mit gerechter Entrüstung spreche sich der deutsche Feldherr in seinem Bericht darüber aus, was es denn heißen sollte, eine Ratifikation durch den Reichsverweser nicht eintreten lassen zu wollen, der ja von dem ganzen deutschen Volke freiwillig und freudig gewählt und von allen deutschen Fürsten begrüßt worden sei. Die Versammlung werden den warmen Ruf

druck deutschen Sinnes des General Wrangel theilen, der auf das Neue bewiesen hat, wie er mit seinem Heere dem gewählten deutschen Reichsverweser freudig zugehen ist.

Reichsminister Peuker spricht nun über die Mittel diesen deutschen Krieg zu führen, an dem alle deutschen Stämme als thatsächlicher Beweis der Einheit theilnehmen müssen. Die Unkosten sollen aus dem Reichsschatz bestritten werden. Das Reichsministerium habe, da der Geschäftsgang zwischen der Centralgewalt und den Bundesregierungen noch nicht geregelt, sich mit den einzelnen Ministerien in Verbindung gesetzt, damit die vom deutschen Oberfeldherrn verlangten Verstärkungen demselben sogleich zugeführt werden.

In der 52. Sitzung kam der 2. Artikel der Grundrechte der Deutschen und zwar §. 6 (Aufhebung der Standesprivilegien, Gleichheit vor dem Gesetze, allgemeine Wehrpflicht) zur Berathung. Das Zunftthum ist in den letzten Zuckungen.

Berlin. Das heillose Treiben der schnuzigen, hausmalerischen, deutsche Landesheile in Privatdomänen verwandelnden, verrätherischen, freihaffenden, sonderbündelnden, preußenthümelnden, russenlüchtigen, schwarzweißen Reaction der Potsdamer Camarilla und ihres Helfers und Helfershelfer und volkvergiftenden, Borgialtsrechte — gegen die deutsche Einheit und Freiheit, ruft aus allen deutschen Gauen kräftige Verwahrungen hervor.

So finden wir in der Obergeltung eine in der letzten Reichsberger Volksversammlung an den Berliner verfassunggebenden Reichstag beschlossene Adresse die wir hier stellenweise wiedergeben:

„Wir können nicht begreifen“ heißt es nach einer Einleitung, die wir hier übergehen — „wie Männer des Rechtes und der Freiheit auf eine besondere preußische Geschichte und ein preußisches Staatsleben nur ohne den leisesten Schauer der Scham zurückblicken oder wohl gar auf diese stolz sein und das Bewußtsein der neuen Freiheit auf sie gründen können.“

„Ein preußischer Staat hat bisher nur als ein Conglomerat willkürlich durch Kauf, Verträge und Eroberung vereinter Länderstrecken mit den an den Boden geknechteten Untertanen, als Privatbesitz, Domäne oder Fideicommiss einer Familie bestanden, nicht als freie Rechtsgemeinschaft eines Volkes.“

„Wir stehen seit der Revolution auf einem ganz neuen Boden; — — —“

„Die Einheit des deutschen Volkes ist nur seine Freiheit, denn sie ist der feste Bund der früher durch die Spaltung für ihre Fürsten schwach gewordenen Stämme, gegen die Obmacht und Herrschaft dieser. Wenn die Freiheit will, so muß auch die Einheit wollen.“

„Den Bedingungen der Vernunft haben wir alle anderen des unfreien geschichtlichen Zufalles unterzuordnen, und so aus diesem Geiste heraus denken und wollen wir, daß unsere deutsche Nationalversammlung in Frankfurt als Vertreter des souverainen deutschen Volkes über den partikularen Bestrebungen der einzelnen Staaten-Regierungen stehend, mit souverainer Macht beschliesse. Bei ihr steht die höhere Idee und das höhere Recht. Wir sind keine Preußen mehr, weil wir keine Untertanen des absoluten preußischen Königs mehr sind. Die Abgeordneten in Berlin sind von uns nur gewählt worden in der Bestimmung, daß sie einen besonderen preußischen Staat gründen können nur unter den Bedingungen, welche die deutsche National-Versammlung, als bindend für die Gestaltung einer Staats-Einheit des deutschen Volkes aufstellen und bestimmen wird.“

„In dieser Auffassung muß daher allen Bestrebungen eines vorgreifenden Separatismus, die nur Eins sein können mit reactionären Gelüsten auf das Entschiedenste entgegen getreten werden.“

„Wir wünschen, daß Sie sich auf den 6. August in einheitlicher Erhebung für die Souveränität der deutschen Nation in der vollen Anerkennung der provisorischen Centralgewalt aussprechen. Möge der Reichsverweser verantwortlich oder unverantwortlich ernannt sein, mag er auch neben seiner Haupt Eigenschaft als tüchtiger Mensch, als Mann des Vertrauens der ganzen deutschen Nation, auch die noch haben, zufällig ein östereichischer Prinz zu sein; als solcher ist er nicht gewählt worden; wir huldigen ihm alle als tüchtigem, edlem Menschen allein, weil er die Idee der Einheit Deutschlands verkörpert, und somit der erste feste Punkt ist in dem Begründungsbau unserer Gesamtfreiheit.“

Französische Republik. Paris. Die Sitzung der Nationalversammlung am 31. wurde von *Marrast* eröffnet. Die Gallerieen sind gedrängt voll — Auf der auswärtigen Tribüne sitzen die Diplomaten Kopf an Kopf —

man wußte das *Maugin* die Minister über die äußere Politik Frankreichs befragen würde. *Marrast* ruft: Herr *Maugin* hat das Wort! Statt seiner bestiegt aber der Minister *Bastide* die Tribüne und sagt: er kenne den Gegenstand der Interpellation — und weise auf die Gefahren einer öffentlichen Discussion hin. Der Grundsatz der Regierung sei: Nichtintervention. Das Beste sei die Debatte zu vertagen. — Nach *Maugin* nimmt *Cavaignac* das Wort. Seiner Ueberzeugung nach müsse das Interpellationsrecht jetzt vorzüglicher geübt werden, als in der früheren Deputirtenkammer. Er ersuche die Nationalversammlung, ihn von der Antwort zu entbinden.“

Das französische Cabinet scheint *Louis Philipp* spielen zu wollen! —

Großbritannien. Die *Times* bringt in ihrem breiten Hoffestbeschreibungsstye eine ausführliche Schilderung des Festmahles der Londoner Deutschen zu Ehren des Reichsverwesers. Ritter *Bunsen* und Graf *Dietrichstein* bekompimentirten die deutsche Freiheit und Einheit. Wir wünschen nur, daß es kein gewöhnliches diplomatisches Kompliment gewesen sei. R—A.

Ueber die Lehrlinge.

Mit zwölf Jahren wird der Knabe, noch vollkommen Kind, der Schule entlassen. Er ist nicht im Stande, die Wichtigkeit der Wahl eines Berufs zu ermessen und folgt entweder einem Zufalle, oder dem Rath seiner Eltern und Verwandten, indem er zu diesem oder jenen Geschäfte greift. Mit reinem Gemüth, noch befangen von den Träumen der Jugend, verläßt er das väterliche Haus und geht in die Lehre. Manches Mutterherz sieht ihrem Sohne besorgt auf diesem Gange nach, der ihn ihrer liebevollen und pflegenden Aufsicht entzieht. Glücklich, wenn der Knabe einen freundlichen, leutseligen Lehrherrn gefunden, der in ihm Lust und Eifer zur Arbeit zu wecken versteht, der ihn als Menschen neben sich betrachtet. Leider aber gilt durchweg der Grundsatz, der Junge könne nur mit Ernst und Strenge, d. h. mit Schimpfen und Prügel erzogen werden und daher kommt es, daß er störrisch, leichtsinnig und roh wird, daß er oft barnach trachtet, seinen Meister zu ärgern und sich schadenfroh in's Häuschen lacht, wenn demselben etwas Uebles widerfährt. Strenge an seinem Ort ist nothwendig, aber auch nur die Nothwendigkeit soll Strenge zur Anwendung bringen. Um sich durch Fleiß und Arbeit zu ernähren, lernt man ein Geschäft, und opfert einen schönen Theil seiner Jugend. Was versteht aber die Hälfte der nun fertigen Gesellen? Gar nichts! Weil sie nicht in der Lehre waren, um zu lernen, sondern nur eben gebraucht worden als Knecht oder Magd. Durch diese Beschäftigungen aber gewöhnt sich der Junge an einen faulen Schlenbrian, ist froh, wenn er nicht arbeiten soll und treibt sich gern auf den Gassen umher. Hierin hat die Klage ihren Grund, daß es so viele ungeschickte und schlechte Arbeiter gibt. — Was mich immer noch ganz besonders geärgert hat, ist der Satz: der Lehrlinge hat keinen Feierabend, eben darum muß er einen haben! Es ist grausam, einen Menschen den ganzen Tag für sich arbeiten zu sehen und ihm dann nicht eine Stunde der Ruhe, des Genusses, der geistigen Unterhaltung zu gönnen, es ist schändlich, auf Kosten der Gesundheit junger Menschen sich bereichern zu wollen. Nur in der Freiheit kann das Gute gedeihen, die Tyrannei aber ist die Mutter alles Bösen. — Um nun aber tüchtige Arbeiter heranzubilden, dürfen die Knaben durchaus nicht vor dem 14. Jahre die Schule verlassen, damit sie körperlich und geistig sich einigermaßen entwickelt haben. Im übrigen Deutschland ist dieß auch auf das Bestimmteste festgesetzt, ja mancherwärts das 16. Jahr erforderlich. Ferner muß es den Lehrlingen erlaubt sein, bei gegründeter Klage die Lehre zu verlassen und der Lehrherr zur Verantwortung gezogen werden. Endlich sollen die Anstalten (Sonntagschulen) zur Fortbildung der jungen Menschen verbessert und vermehrt werden und sowohl vom Lehrherrn, wie

auch öffentlich zur Theilnahme aufgefordert werden, da der Zehnte vom Vorhandensein solcher Anstalten gar nichts weiß. Es wird schwer halten, die Ordnung mit den Lehrlingen einigermaßen herzustellen, da so viele von dem Grundsatz ausgehen: Habe ich mich gequält, mußt du andere wieder quälen (es gilt dies von der Kunst überhaupt). Man gibt es zu, daß Hunde und Katzen auf dem Sofa Platz nehmen, aber der Junge gehört hinter die Thür.

Friedrich Sander,
Mitglied des Arbeitervereins.

Notizen.

Wien. 5. August 1848. (Die Ministerialrathsstellen.) Die neulich kundgemachten Verleihungen von Ministerialrathsstellen veranlassen uns zu der Anfrage:

1. ob diese Stellen bleibend oder vorübergehend seien?
2. ob Deputirte, welche nach erfolgter Wahl Ministerialämter annehmen, ohne Zustimmung der Wähler Deputirte bleiben, oder ob in einem solchem Falle zu einer neuen Wahl geschritten werden soll?

In Bezug auf die erste Frage hegen wir die Meinung, daß die Ministerialrathsstellen eben so wenig bleibend sein können, als die Ministerstellen selbst; da die Ministerialräthe als Hilfsorgane der Minister, als Theilnehmer der Ansichten derselben, mit den Ministern stehen und fallen. In Bezug auf die zweite Frage sind wir der Meinung, daß zur Annahme eines ministeriellen Amtes von Seiten eines Deputirten, während des Reichstages, die Zustimmung seiner Wähler, mithin eine neue Wahl erforderlich ist.

Dr. S. S. Prochazka.

(Vormittags-Sitzung des Sicherheits-Ausschusses vom 5. Aug. 1848.)

Es werden Anstalten getroffen, in den Vorstädten Kanonen aufzupflanzen, um allen Ruhestörungen energisch in vorhinein entgegen zu treten, denn es spuckt, und man erwartet Cravalle. — Die vom Ausschusse bevollmächtigten Commissionen müssen von nun an ihre Vollmachten dem Präsidium wieder zurückstellen. — Herr Dolezalek zeigt an, daß er das Cassageschäft einem Andern zu übergeben wünsche, und legt öffentliche Rechnung über die Gebahrung der Empfänge und Ausgaben an, und zwar für die

Drucklegung der Berichte des Ausschusses, woran sich 128 Comp. theiligt haben, sind, nebst mehreren Ueberzahlungen und Verkäufen von einzelnen Exemplaren 738 fl. 36 kr. C. M. eingegangen, Kosten der Drucklegung 636 „ 48 „ „ Rest . . . 101 fl. 48 kr. C. M.

Diese 101 fl. 48 kr. sind laut Beschluß des Ausschusses vom 9. Juni 1848 den Arbeitern zugewiesen; er zeigt aber auch zugleich die Currentauslagen vom 9. Juni (wo Herr Dolezalek die Cassaführung übernommen) bis 4. August an, woraus sich ein Deficit von 68 fl. 12 kr. C. M. ergibt; dieser Betrag wird von dem zu erwartenden Vorschusse pr. 300 fl. gedeckt werden. Der effective Rest pr. 33 fl. 36 kr. C. M., findet sich in der Cassa vorrätzig; die redliche Verwaltung des Herrn Dolezalek wurde mit Acclamation des gesammten Ausschusses aufgenommen.

E. Rakfa.

In der heutigen Constitution lese ich einen Artikel über Jellachich, worin der croatischen Flüchtlinge erwähnt ist. Es wird dort gesagt, daß die Auslieferung derselben auf des Erzherzogs Einsprache unterblieb. Ich erlaube mir, ihnen zu bemerken, daß diese auf Verwendung des ungarischen Ministeriums des Auswärtigen vom 31. Mai unterblieb.

Wien, 5. August 1848.

Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß Minister Wessenberg diese Tage in Wien eintrifft und seine Wohnung in der Staatskanzlei beziehen wird.

Gestern Nachmittag ist Schufelka hier angekommen und hat bei der Sitzung der Reichsversammlung als Abgeordneter beigezogen.

(Berichtigung.) In Nr. 110 dieses Blattes wurde in dem Aufsatze „Deutschland“ statt „Lichnowsky, Mähring“ geesetzt: „Leichnamstag, Mähring“ Wir erwarten übrigens sehnlichst den Tag, an dem Lichnowsky und Genossen zum politischen Leichname geworden. D. R.

Da wir einen uns aus Steier von einem Landgeistlichen zugesandten Aufsatz als zu ausgedehnt, nicht benützen können, so ersuchen wir den verehrten Herrn Einsender über die beigelegten 5 fl. C. M. zu verfügen. D. R.

Ankündigungen.

Ein junger Mann, der die höhern und Rechts-Studien vollendet hat, der ungarischen Sprache überdieß mächtig ist, und im Conceptfache bereits geübt hat, wünscht eine seinen Fähigkeiten und Kenntnissen angemessene Verwendung. (2-3)

In der Leopoldstadt, Fischergasse nächst der Ferdinandsstraße Nr. 648, 3. Stock, Thür Nr. 15 sind

mehrere große, bequem meublirte Cassenzimmer einzeln oder zusammen monatlich oder vierteljährig zu ver-laffen.

So eben ist erschienen und zu haben im Schmid'schen Verlagslofale, Jakoberhof Nr. 796, und bei Wittenbecher, Siegel und Kollmann in der

Wallnerstraße und bei Tendler und Comp. am Graben:

Hundert Sätze vom Staate.

Von E. Wintersberg.
Dem ersten österr. Volkstage gewidmet.
Preis 6 kr. C. M.

Börsenbericht vom 5. August 1848.

Metall. Obligat. zu 5%	7 1/2	Anlehen vom Jahre 1834	121	Esterházy Lose à 20 fl.	22	Glognitzer Actien	46
„ „ 4%	61	„ „ 1839	81	Waldstein'sche Lose	18 1/2	Pesther	66
„ „ 3%	44	Esterházy Lose à 40 fl.	50	Nordbahn-Actien	104 1/2	Gmundner	165
Bank-Actien	1045	Windischgrätz Lose	16	Mailänder	65 1/2	Dampfschiff	485

Man pränumerirt in Wien im Jakoberhof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redactions-Bureau, Kohlmarkt Nr. 260, 2. Stock.